

nachrichten

Alleinerziehende Mütter

Ein Ort, der mehr alleinerziehende Mütter hervorbringt als andere, scheint die *Thanh Binh Tee Farm* in der Provinz Lao Cai zu sein, 350 Kilometer von Hanoi und zehn Kilometer von der vietnamesisch-chinesischen Grenze entfernt. Auf der Farm leben 100 ArbeiterInnen, davon sind 30 alleinerziehende Mütter. Manche von ihnen haben drei oder vier Kinder, »können sich aber nicht erinnern, wer der Vater der Kinder ist. Die Männer kamen auf die Farm, versprachen viel, aber dann gingen sie fort und kamen nicht zurück.« Als besonderes Problem wird von den Frauen die isolierte Lage der Farm in einem Gebiet mit Mong und Nung Bevölkerung angesehen. Kinh-Männer würden ein besonders hohes Ansehen genießen und die Herzen und Sehnsüchte der Landarbeiterinnen besonders ansprechen. Allerdings blieben sie oft nur kurze Zeit auf der Farm und ließen die Frauen mit ihrem Kind bzw. den Kindern allein zurück. Mit den 200.000 Dong monatlich, das sind etwa 30 DM, die eine Arbeiterin auf der Farm verdient, ist es nicht leicht, sich selbst und seinen Kindern ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen. Ein kleines Haus zu bauen, kostet dort etwa zehn Millionen vietnamesische Dong (VND), das sind etwa 1.500 DM. Das können die Frauen nur, wenn sie Kredite bekommen. Wie und wann diese zurückgezahlt werden können, steht in den Sternen.

vgl. VNS 19.1.2001

»Es ist nicht länger möglich, sie als blöde Bauern zu behandeln und ihre Stimmen zu unterdrücken«. So zitiert die Far Eastern Economic Review (FEER) vom 7.12.2000 ein hochrangiges Parteimitglied der Kommunistischen Partei Vietnams. Dabei sollten die Parteimitglieder nach den Anweisungen des Parteichefs Le Kha Phieu doch die legitimen Interessen der KlageführerInnen schützen, wenn sie mit den neu gebildeten Arbeitsgruppen den Beschwerden der Bevölkerung nachgehen. Denn die Klagen gegen Fehler, Missmanagement und Willkür der unteren Partei- oder Staatsorgane häuften sich in einer bisher nicht gekannten Weise. Demonstrationen von BäuerInnen in Hanoi oder Ho Chi Minh Stadt waren im letzten Jahr keine Seltenheit, Tendenz steigend. Die Arbeitsgruppen, gebildet aus hochrangigen Mitgliedern der Parteizentrale, der Vaterländischen Front und anderen Massenorganisationen,

Keine Unterdrückung

sind seit September 2000 in 18 Provinzen an verschiedene Brennpunkte von Beschwerden gereist. Sie haben dort versucht, die öffentlichen Beanstandungen zu erkunden, die Hintergründe der Proteste zu erfragen und durch korrekte Maßnahmen, das Vertrauen in die Behörden zu stärken. Dadurch sollten die Managementkapazitäten der örtlichen Organe gestärkt, das Verständnis für Demokratie entwickelt und die Menschen glücklicher gemacht werden. Im September warteten alleine in Khan Hoa viele hundert Menschen mit etwa 400 Beschwerden auf die Arbeitsgruppe. Und sie mussten lange warten bis die SpitzengenosInnen sich durchgearbeitet hatten. Häufig kam es dabei zum schlimmstmöglichen Ergebnis: Die Beschwerden wurden ohne Lösung an das beklagte Staatsorgan zurückgegeben. M. Cohen beschreibt in der FEER den Fall der 69-jährigen Bäuerin Pham Thi Duc, die ihr Land verlassen

soll, damit eine neue Busstation gebaut werden kann. Das Volkskomitee der Provinz setzte eine Entschädigung von 4.950 VND (etwa 70 Pfennige) pro Quadratmeter fest. Damit konnte die Bäuerin aber weder neues Land kaufen, noch zukünftig davon leben oder gar ein neues Gewerbe beginnen. Also forderte sie eine faire Kompensation, die aber weder von den örtlichen Behörden noch von der Arbeitsgruppe bewilligt wurde. So entsteht bei vielen Menschen an der Basis der Eindruck »ihre Beschwerden werden nicht ernst genommen, die Gesetze stehen nur auf dem Papier und die Offiziellen unterdrücken die Bevölkerung«, äußerte sich der Leiter der Arbeitsgruppe in Khan Hoa, Gesundheitsminister Do Nguyen Phuong. Die Probleme müssen aber gelöst werden, denn: »Es ist nicht länger möglich, sie als blöde Bauern zu behandeln und ihre Stimmen zu unterdrücken.«

vgl. FEER 7.12.2000

Erfolge mit Fischzucht

In einigen der abgelegenen, gebirgigen, wasser- und waldreichen Regionen Vietnams, entdecken die BäuerInnen einen neuen Erwerbszweig: die Fischzucht. Hecht, Karpfen, Schleie und andere Fische, aber auch Shrimps, werden in Käfigen oder eigens angelegten Teichen und Wasserreservoirs gezüchtet.

Einige der Projekte werden von dem Entwicklungsprogramm UNDP oder der schwedischen Entwicklungshilfeorganisation SIDA und der kanadischen CIDA unterstützt. Auch die Provinzregierungen unterstützen diese Entwicklung und haben die Flächen für Fischzucht erheblich ausgeweitet. Die Provinz Bac Giang steigerte die bewirtschaftete Wasserfläche von 1.700 auf 5.033 ha. Tran Nguyen Nay, ein erfolgreicher Fischzüchter aus der Provinz Yen Bai, erzielte in der Saison 1998-99 einen Gewinn von 1,7 Mio. VND, das sind etwa 250 DM. »Mir wurde vorgeschlagen fünf Hektar Wald zu pflanzen und zu pflügen. Damit

würde ich nach 10 Jahren etwa 30 Mio. VND (4.500 DM) Gewinn machen. Wenn man aber die Arbeitszeit für die Pflege des Waldes und die Investitionen mitberechnet, ist das kein profitables Geschäft«, so der Fischzüchter Nay. Das Geschäft scheint für viele sehr attraktiv zu sein, allerdings fehlt es noch häufig an Qualifikation bei den ZüchterInnen, an ausreichendem Zuchtmaterial und auch an qualifizierter Beratung. Der dichte Besatz z.B. mit Tiger-Krabben von elf Tonnen pro Hektar, wie in der Provinz Soc Trang, ist nicht ohne ökologische Risiken. »Die Regierung will in Zusammenarbeit mit den 13 Fischzucht-Zentren der Bergprovinzen ein Programm für die Qualifizierung der FischzüchterInnen, die Auswahl und Sicherstellung der Qualität der Zuchtfische und des Marketings entwickeln«, teilte der stellvertretende Premierminister Nguyen Cong Tan auf einer Fischereikonferenz in Hanoi mit.

vgl. VNS 19.1.2001

Reis-Exporteure denken an Wachstum

Vietnam hofft im Jahr 2001 vier Millionen Tonnen Reis zu exportieren. Das wäre eine Steigerung gegenüber den 3,3 Millionen Tonnen des Jahres 2000, aber immer noch 500.000 Tonnen weniger als 1999. Der Wert des letztjährigen Reisexports wird mit 630 Millionen US-Dollar beziffert, das sind 400 Millionen US-Dollar weniger als 1999. Neben der geringeren Erntemenge werden Preisschwankungen für die Mindereinnahmen verantwortlich gemacht. Insider machten die geringe Qualität des Reises und die begrenzten Marketingkapazitäten der vietnamesischen Exporteure für den Rückgang verantwortlich.

vgl. VNS vom 5.1.2001

Unterschlagung und Missmanagement befürchtet

Im Januar 2001 gelangten Behauptungen über Unterschlagungen und Missmanagement des Komitees für ethnische Minderheiten und Angelegenheiten der Gebirgsregionen in die Öffentlichkeit. Dieses Komitee auf Ministeriumsebene ist für Fragen der Lebensbedingungen von mehr als zehn Millionen Menschen aus den ethnischen Minderheiten zuständig, von denen drei Viertel unter der Armutsgrenze leben. Nach ersten öffentlichen Vorwürfen im Jahr 1998 begann das Staats-Inspektorat mit seinen Ermittlungen. Die Untersuchungen zogen sich bis in das Jahr 2000 hinein. Einzelne regionale Zeitungen berichteten intensiver und aggressiver als andere über die Vorkommnisse. Die geschilderten Formen der Betrügereien und Manipulationen sind äußerst vielfältig: Salzlieferungen und Aufforstungsfonds wurden unterschlagen, Straßenbauten wurden nicht vollendet, Kühe und Ziegen erreichten ihre Zielfamilien nicht. Was ankam, war oft schlecht, unterwegs ausgetauscht, wie z.B. zerbrochene Radios oder schlechtes

Saatgut. Bestechungsgelder und Unterschlagungen summierten sich zu Milliarden VND. Im Dezember 2000 musste der Vorsitzende des Komitees für ethnische Minderheiten vor dem Parlament in einer live übertragenen Fragestunde Rechenschaft ablegen. Er versuchte, die Leistungen seiner Organisation zu verteidigen, widersprach den Zeitungsberichten und behauptete, dass mindestens 75-80 Prozent der Hilfe bei den betroffenen Familien angekommen sei. Die öffentliche Kritik ist aber auch nach dieser Sitzung des Parlaments nicht verstummt und ausländische Journalisten weisen darauf hin, dass Premierminister Phan Van Khai den Abschlussbericht des Staatsinspektorats bisher zurückgehalten habe. Offen bleibt, ob der Premierminister seinen Studienfreund aus Moskauer Tagen schützen will, oder ob der im März stattfindende Parteitag, der unter dem Motto »Kampf gegen die Korruption« steht, sich mit diesem Fall auseinander setzen wird.

vgl. FEER 25.1.2001

Verluste bei Kaffeebauern

Vor einem Jahr schien die Welt der vietnamesischen Kaffee-Exporteure noch in Ordnung. Bei kontinuierlich wachsenden Exportmengen konnten sie auch noch vom Anstieg des Kaffeepreises profitieren. 1999 erreichte der vietnamesische Kaffee-Export ein Volumen von 556 Millionen US-Dollar. Jetzt wird Vietnam, mittlerweile ein Hauptexporteur der Sorte Robusta, für den weltweiten Zusammenbruch der Kaffeepreise verantwortlich gemacht. Die diesjährige Kaffee-Ernte in Vietnam brachte den Bauern erhebliche Verluste ein, denn die Exportpreise deckten die Produktionskosten nicht. Der Vietnamesische Kaffee- und Kakao-Verband rechnet für das Jahr 2000 mit einem Verlust von mehr als 100 Millionen US-Dollar. Um den Preisverfall zu stoppen, leitete die Regierung verschiedene Maßnahmen ein. Zum 17. November 2000 wurde ein zeitweiliger Exportstopp verhängt. Der Mindestverkaufspreis für eine Tonne Robusta wurde auf 450 US-Dollar festgelegt. Ferner beabsichtigt die vietnamesische Regierung 150.000 Tonnen Kaffee vorerst

nachrichten

einzulagern. Im Januar 2001 ging der Export bereits um 61,3 Prozent gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres zurück. Die niedrigen Verkaufspreise treffen vor allem die kleinen Kaffeebauern und Kaffeebäuerinnen, die 80 Prozent des vietnamesischen Exportkaffees ernten. Sie müssen Einschnitte beim Lebensstandard hinnehmen, ArbeiterInnen entlassen oder sogar den Kaffeeanbau ganz einstellen. Betroffen sind auch die staatlichen Farmen, die in der Hoffnung auf gute Geschäfte Investitionen auf Kredit vorgenommen hatten. Langfristig kann der Export nur durch bessere Verarbeitung des Kaffees gesichert werden.

vgl. VNS 6.1.2001

Schlechte Saat

Die Obstgärtner im Mekong-Delta setzen mit dem Einsatz schlechten Saatguts langfristig ihre Existenz aufs Spiel. Wegen einer gegenwärtig grassierenden Pflanzenkrankheit, sind die PflanzlerInnen gezwungen, neue Obstbäume zu setzen. Allerdings sind die regionalen staatlichen Baumschulen nur in der Lage 65.000 der benötigten 500.000 Pflanzen zu liefern, um die zerstörten Pflanzungen zu ersetzen. Private Züchter könnten ausreichende Mengen liefern. Ihnen wird jedoch vorgeworfen, dass ihr Saatgut nicht sicher und von ertragsarmer und minderer Qualität sei. Die Provinzen sehen sich aufgrund ihres Kapitalmangels nicht in der Lage, diesen Mangel zu beheben.

vgl. VNS 28.12.2000

Seegrenze vereinbart

Nachdem die VR China und die SR Vietnam 1993 ein Abkommen über die Prinzipien zur Lösung von Grenz- und Gebietsfragen erarbeitet hatten, dauerten die darauf basierenden Verhandlungen über die Festlegung der Seegrenze im Golf von Tonkin bis zum Dezember 2000. Anlässlich der Unterzeichnung des Abschluss-Dokuments reiste der vietnamesische Staatspräsident Tran Duc Luong Ende Dezember nach Peking. Neben der Grenzregelung im Golf von Tonkin wurden eine Reihe von Verträgen und Absichtserklärungen zum weiteren Ausbau der zwischenstaatlichen Beziehungen unterzeichnet.

vgl. VNS 27.12.2000

Administrative Entlassungen

Mehr als 70.000 MitarbeiterInnen der Administrationen auf den verschiedenen Ebenen des Landes sollen 2001 entlassen werden. Auf der zentralen Ebene werden von 1,38 Millionen MitarbeiterInnen 7.600 entlassen. In den lokalen Administrationen sollen insgesamt 62.800 oder 13,8 Prozent entlassen werden. Rationalisierung, finanzielle Anreize für effiziente Einheiten, Auslagerung von Aufgaben und stärkere Sozialisierung von Unterricht, Gesundheitsversorgung, Kultur und Sport sollen den Wegfall von Arbeitskräften ausgleichen.

vgl. VNA 31.1.2001

Unruhen in Zentral-Vietnam

Soldaten, Sondereinheiten der Polizei und Militärhubschrauber patrouillierten in zwei Kaffeeanbau-Provinzen des Zentralen Hochlandes. Es kam unter anderem auch zu gewalttätigen Protesten der BergbäuerInnen, die meist ethnischen Minderheiten angehören. Als Gründe werden Streitfälle um Land und religiöse Fragen angegeben. Das vietnamesische Außenministerium erklärte, dass die Behörden der Provinz Gia Lai am 8. Februar 2001 in Pleiku 20 Personen wegen provokativer Aktionen und Zerstörung von Staatseigentum festgenommen haben. Diplomaten beschreiben diese Zwischenfälle als die schwersten, die Vietnam in den letzten Jahren erlebt hat.

vgl. IHT 9.2.2001 S.7.

nachrichten

Erster Kongress

Der Generalrat der protestantischen Kirchen im Süden Vietnams eröffnete am 8. Februar 2001 seinen ersten Kongress in Ho Chi Minh Stadt. Neben den 482 kirchlichen Würdenträgern und Gläubigen nahmen an diesem Ereignis auch Le Quang Vinh als Regierungsvertreter für religiöse Angelegenheiten, Vertreter der Vaterländischen Front und der Stadt teil.

vgl. VNA 8.2.2001

Kompensation

In der Provinz Lam Dong im Zentralen Hochland erhalten 470 Haushalte eine Kompensation für die Aufgabe ihrer Häuser und Ackerflächen von je zehn Millionen VND (etwa 1.450 DM) und Nahrungsmittelhilfe für ein Jahr. Die Menschen lebten im *Ham Thuan Lake Basin*, in dem ein Wasserkraftwerk errichtet wird.

vgl. VNS 27.12.2000

Internet-Nutzung verdoppelt

Im Jahr 2000 nahm die Zahl der Internet-Nutzer von 44.000 auf über 120.000 zu. Die *Vietnam-Datacommunication-Company* hat mittlerweile Verträge mit 76.500 Internet-Nutzern, die Gesellschaft zur Finanzierung und Entwicklung von Technologie zählt 30.300 KundInnen, *Netnam* 5.700 und *Saigon Postel* hat 8.700 KundInnen.

vgl. VNA 19.1.2001

Technische FacharbeiterInnen gesucht

Viele Farmen in Vietnam suchen nach FacharbeiterInnen. Sie übermitteln ihre Stellenausschreibungen an die regionale Arbeitsvermittlung, bieten zwischen 175 und 290 DM monatlich, zusätzlich auch Unterkunft, Reisespesen und zusätzliche Anreize in bar, Saatgut oder in Farmerzeugnissen. Immer häufiger ohne Erfolg. Dem Farmers-Club von Ho Chi Minh Stadt (HCMC-Farmers-Club) gehören 500 Mitglieder an. Sie bewirtschaften 19.000 Hektar und beschäftigen 19.000 ArbeiterInnen, 2.000 ManagerInnen und brauchen etwa 1.000 technische FacharbeiterInnen. Von den letzteren Stellen sind aber nur 20 Prozent besetzt. Vertreter des Farmers-Clubs nannten die Ablehnung des Landlebens als einen Hauptgrund für den Mangel an FacharbeiterInnen.

Allerdings reichen die Ausbildungskapazitäten offensichtlich nicht aus, denn Absolventinnen von Fachschulen und speziellen Trainingskursen werden meist sofort nach ihrem Abschluss vermittelt. Da hilft es auch wenig, wenn Farmen versuchen, die regionalen Vermittlungsagenturen zu umgehen und in anderen Provinzen FacharbeiterInnen und TechnikerInnen abzuwerben. Die südliche Hochschule für Landwirtschaft, die mit dem HCMC-Farmers-Club zukünftig bei der Ausbildung von Fachleuten kooperieren will, weist auf die Notwendigkeit hin, die Löhne zu erhöhen und die Lebensbedingungen auf den Farmen zu verbessern. Nur so könnten die Arbeitsbedingungen auf dem Land wieder attraktiv gemacht werden.

vgl. VNS 6.1.2001

Der Export steigt

Im Januar 2001 stieg der vietnamesische Export auf 1,1 Mrd. US\$, das sind 0,5 % mehr als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Die Firmen mit ausländischen Investitionen legten um 17,6 % auf 600 Mio. US\$ zu, während die inländischen privaten und staatlichen Gesellschaften einen Rückgang von 14,4 % auf 500 Mio. zu verzeichnen hatten. Vietnams wichtigstes Exportgut war nach wie vor Rohöl mit einem Zuwachs von 37,8 % auf 310 Mio. US\$. Fisch und Meeresfrüchte legten um 54,9 % auf über 110 Mio. US\$ zu. Auch Garn, Texti-

lien und Reis legten im Januar zu. Andere Produkte mussten allerdings zum Teil einen heftigen Rückgang des Exports hinnehmen, so beispielsweise Lederschuhe, Kohle, Kaffee, Tee und Pfeffer. Der Import stieg um 8,7 % auf 1,2 Milliarden US\$. Der höchste Importanteil entfiel auf Treibstoff und Material für Textilien und Garne. Motorräder, Automobile und Düngemittel waren weitere wichtige Importgüter. Die einheimische Industrie übertraf die ausländisch finanzierten Betriebe beim Import um das 2,5-fache.

vgl. VNS 30.1.2001

Vertrauen und Verständnis

Der indische Premierminister Atal Bihari Vajpayee besuchte im Januar 2001 für vier Tage mit einer großen Delegation von Ministern und indischen Geschäftsleuten Vietnam. Das Ziel der Reise war eine Verstärkung der Kooperation auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet. Beide Seiten betonten die strategische Bedeutung der langanhaltenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern und Völkern. Der indische Premier wurde im Vorfeld

der Reise mit den Worten zitiert, zwischen Indien und Vietnam herrsche »vollständiges Vertrauen und Verständnis«. Darüber hinaus sehen beide Regierungen eine strategische Bedeutung in den Beziehungen zueinander. Die wirtschaftlichen Beziehungen stehen bei einem Handelsvolumen von gegenwärtig 160 Millionen US-Dollar noch auf einem sehr niedrigen Niveau.

vgl. *Asia Times* vom 11.1.2001, VNA 16.1.2001 und VNS 9.1.2001

Zentralkomitee beendet Plenartagung

Das Zentralkomitee (ZK) der Kommunistischen Partei Vietnams hielt vom 6.-16. Januar 2001 eine Plenartagung zur Vorbereitung des im März stattfindenden Parteitag ab. Das Plenum hörte den politischen Rechenschaftsbericht an den Parteitag, die sozio-ökonomische Strategie für die Jahre 2001 bis 2010, den Wirtschaftsplan für die Jahre bis 2005 und einige Änderungsentwürfe für die Statuten der Partei. Der Vorsitzende der Zentralen Kommission für Kultur und Ideologie der KP, Herr Huu Tho erklärte auf einer Pressekonferenz in Hanoi, dass der Parteitag ein neues Zentralkomitee mit weniger als 170 Mitgliedern wählen wird. Die Mitglieder des ZK sollen generell unter 65 Jahre alt sein. Etwa 50 Mitglieder des ZK werden nicht wieder kandidieren, um Platz für jüngere Kader zu schaffen. Das ZK wird dann das Politbüro wählen, dem weniger als 18 Mitglieder angehören sollen. Auch der Generalsekretär der Partei wird vom Zentralkomitee gewählt werden. »Vor der Wahl des Parteichefs wird das Komitee seine Mitglieder zum Kandidaten für diese Position befragen.« Zu den in den letzten Sitzungen des ZK umstrittenen Fragen der inneren Organisation des Politbüros machte Huu Tho keine Angaben. Er erklärte aber, dass das neue Zentralkomitee keine Berater - die einflussreichen Posten für Spitzenossen im Ruhestand haben werde, da diese Positionen mit dem Parteistatut nicht vereinbar seien. Die Plenartagung des ZK machte deutlich, dass Mitglieder der Partei, die privatkapitalistischen Geschäften nachgehen, keine politischen Aufgaben für die Partei ausüben sollen. Hier bleibt abzuwarten, wie der Parteitag zu den Vermögen und Geschäften von Ehegatten und anderen engen Familienangehörigen von Funktionsträgern der Partei Stellung nehmen wird.

vgl. *Saigon Times* 3.2.2001